

WP-06 Ein Land der Vielfalt

Gremium: Landesvorstand NRW
Beschlussdatum: 01.10.2026
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Text

NRW ist ein vielfältiges Land und ein Land, das zusammenhält. Unsere Demokratie und das Engagement der Menschen in NRW, sich dafür einzusetzen, ist stark. Das soll so bleiben. Dabei darf niemand außen vor bleiben, weil Alter, Herkunft oder sprachliche Barrieren Beteiligung erschweren. Wir wollen wissen, was die Menschen in NRW bewegt und ihnen ermöglichen, sich einzubringen – egal ob im Bürgerrat, im Stadtrat, in der Schule oder in der Nachbarschaft.

Vielfalt und Wehrhaftigkeit gehören für uns zusammen. Frauen gehört die Hälfte der Macht, queere Menschen müssen in NRW angstfrei leben können, und niemand darf wegen seines Glaubens, seiner Herkunft oder der Person, die sie oder er liebt, ausgegrenzt werden. Wir gestalten unsere Einwanderungsgesellschaft so, dass Menschen unabhängig von ihrer Herkunft selbstbestimmt und gleichberechtigt an allen Bereichen der Gesellschaft teilhaben können. Wer vor Krieg und Verfolgung flieht, findet bei uns Schutz; dafür brauchen wir ein funktionierendes Asylsystem. Die Erinnerung an die Verbrechen der Vergangenheit halten wir wach, damit sie sich nicht wiederholen. Und wir schaffen Transparenz darüber, wer Einfluss auf politische Entscheidungen nimmt.

Eine lebendige Demokratie zeigt sich im Kleinen wie im Großen. Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, dürfen dafür keine Nachteile in Kauf nehmen müssen. Für ihr Engagement schaffen wir verlässliche Rahmenbedingungen. Und dort, wo Kinder, Jugendliche oder Menschen mit Einwanderungsgeschichte bisher zu wenig mitentscheiden können, öffnen wir echte Wege zur Mitsprache. Auch Kultur, Medien und Sport schaffen Räume für Begegnung und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Diese Räume wollen wir stärken.

Wir stellen uns jeder Form der Menschenfeindlichkeit entgegen. Wer unsere offene und vielfältige Gesellschaft angreift, trifft auf unseren entschiedenen Widerstand, einen wehrhaften Rechtsstaat und eine starke Zivilgesellschaft – online wie offline, hier wie international.

Uns geht es um eine Demokratie, die junge Menschen einbindet, Vielfalt als Stärke versteht und niemanden mit Gewalterfahrung oder Diskriminierung allein lässt. Um eine Demokratie, die Teilhabe schafft, schützt und zusammenführt.

In den letzten fünf Jahren haben wir wichtige Ziele für mehr demokratische Teilhabe in NRW erreicht: Wir haben das Wahlalter auf 16 Jahre bei Landtagswahlen herabgesetzt, den ersten Bürger*innenrat des Landtags auf den Weg gebracht und sind gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Gewalt gegen Frauen entschieden vorgegangen. Auf dieser Grundlage wollen wir weiterarbeiten: für jeden Menschen in diesem Land, egal welcher Herkunft, welchen Geschlechts, welchen Glaubens und mit dem Anspruch, dass Teilhabe sich im Alltag beweist.

Eine vielfältige, wehrhafte Demokratie trägt unsere Gesellschaft dann, wenn es wirklich darauf ankommt. Dafür stehen wir: entschlossen, offen und in der festen Überzeugung, dass NRW ein Land ist, das in Vielfalt zusammenhält.

Wir stärken Beteiligung und demokratische Mitbestimmung

Direkte Demokratie und Bürger*innenräte

Unsere Demokratie stärken heißt für uns, die vielen Menschen zu unterstützen, die sie täglich mit Leben füllen. Millionen Ehrenamtliche in Initiativen, Verbänden, Vereinen und Menschen in der Nachbarschaft tragen den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie sind eine unverzichtbare Stimme für Miteinander, Toleranz, Demokratie, Menschenrechte und den Schutz von Natur und Umwelt in NRW. Zivilgesellschaftliche Organisationen wollen wir deshalb in ihrem Engagement unterstützen. Wir verteidigen staatliche Unterstützung dafür, dass Bürgerinnen und Bürger gesellschaftliche Fragen mit eigenem Engagement angehen, statt alleine auf den Staat zu warten, und verteidigen auch ihre Meinungsfreiheit, gerade wenn sie sich aktiv für die Werte des Grundgesetzes und der Landesverfassung einsetzen.

Wir binden die Zivilgesellschaft systematisch und transparent in politische Entscheidungen ein. Das gelingt uns mit Beteiligungsverfahren, Expert*innenanhörungen, Begleitgremien und Mitwirkungsmöglichkeiten bei wichtigen Gesetzesvorhaben. Bürger*innenräte wollen wir dauerhaft als festen Bestandteil unserer demokratischen Kultur etablieren. Mindestens ein Bürgerrat pro Wahlperiode soll Empfehlungen zu einem zentralen Zukunftsthema erarbeiten.

Demokratie lebt vom Mitmachen und soll mehr bedeuten als Ja-oder-Nein-Entscheidungen. Deshalb erproben wir frühzeitige, digitale Beteiligungsverfahren wie etwa "Liquid Democracy". Echte Mitbestimmung setzt aber auch voraus, dass Menschen wissen, wer sonst noch Einfluss auf politische Entscheidungen nimmt: Deshalb führen wir ein verbindliches, öffentliches Lobbyregister und den legislativen Fußabdruck für Landtag und Landesregierung ein, die politische Einflussnahme nachvollziehbar machen. Abgeordnete sollen von Lobbyorganisationen keine Nebeneinkünfte erzielen.

Demokratie vor Ort

In Bezirksvertretungen, Stadträten und Kreistagen sowie deren Ausschüssen leisten ehrenamtliche Politiker*innen in ihrer Freizeit täglich einen wichtigen Beitrag für die Demokratie. Hier gestalten sie zum Beispiel mit, wie ihre Kommune in Zukunft aussehen wird und welche sozialen oder kulturellen Angebote es gibt. Wir unterstützen die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker*innen in ihrer Arbeit, stärken ihre Position gegenüber der hauptamtlichen Verwaltung und verbessern die Rahmenbedingungen, beispielsweise bei der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Mandat.

Kommunale Mandatsträger*innen werden zunehmend angefeindet und bedroht. Für eine starke Demokratie vor Ort müssen Strafverfolgungsbehörden und Justiz sensibilisiert und besser ausgestattet, die Privatsphäre von kommunalpolitisch Engagierten gewährleistet und letztlich Unterstützungsstrukturen etabliert werden.

Wer an einem Ort lebt, soll ihn auch mitgestalten können: Wir setzen uns dafür ein, das aktive kommunale Wahlrecht auf alle Menschen auszuweiten, die dauerhaft und mit festem Aufenthaltstitel in einer Kommune leben, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit.

Kinder und Jugendliche ernst nehmen

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Gehör, auch weil sie zahlenmäßig bereits in der Minderheit in unserer Gesellschaft sind und am längsten mit den Folgen politischer Entscheidungen leben werden. Für Kitas und Schulen wirken wir darauf hin, dass sie verlässliche Beteiligungskonzepte verankern. Wir wollen NRW noch kinder- und familienfreundlicher gestalten. Städte und Gemeinden unterstützen wir dabei, die Interessen und Rechte von Kindern und Jugendlichen mit altersgerechten Beteiligungsformaten systematisch in Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Wir wirken auf eine kommunale Planung hin, die die Bedürfnisse junger Menschen frühzeitig berücksichtigt. Ihre Ziele sind sichere Mobilität, attraktive und sichere öffentliche Räume, wohnortnahe Spiel- und Bewegungsangebote sowie lebenswerte Quartiere, die den Bedürfnissen von Kindern,

87 Jugendlichen und Familien gerecht werden. Unsere Städte und Kommunen werden durch die
88 Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen für alle lebenswerter.

89 In der laufenden Legislaturperiode haben wir das Wahlalter-16 bei Landtagswahlen erreicht,
90 uns für stärkere Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene eingesetzt und die Absenkung des
91 Mindestalters für sachkundige Bürger*innen auf 16 Jahre auf den Weg gebracht. Wir setzen uns
92 weiter dafür ein, Jugendlichen ein verbindliches Mitspracherecht zu gewähren, etwa durch
93 Jugendvertretungen oder Jugendbeauftragte in den Gemeinderäten. Auf Landesebene richten wir
94 einen Bürger*innenrat für Jugendliche ein: Zufällig ausgewählte Jugendliche beraten über ein
95 landespolitisches Thema und erarbeiten konkrete Empfehlungen. Darüber hinaus wollen wir
96 durch Online-Plattformen einen einfachen Beteiligungsweg für alle Jugendlichen in NRW
97 ermöglichen. Den gestarteten "Aktionsplan Jugendbeteiligung" setzen wir fort und entwickeln
98 ihn weiter.

99 Zivilgesellschaft und Ehrenamt unterstützen

100 Ehrenamtliche tragen unsere Gesellschaft, ob in Hilfsorganisationen, Initiativen oder
101 Vereinen. Wir wollen die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement weiter verbessern.

102 Wir finden: Wer sich ehrenamtlich engagiert, soll bei Verdienstaussfällen nach dem
103 Sonderurlaubsgesetz auskömmlich abgesichert werden. Darauf prüfen wir einen Rechtsanspruch.
104 Wir fordern den Bund auf, die Ehrenamtszuschale auf das Niveau der Übungsleiterzuschale
105 anzuheben und damit ehrenamtliches Engagement steuerlich stärker anzuerkennen. Wir entlasten
106 Vereine, Verbände und Initiativen durch den Abbau unnötiger Bürokratie: durch einfache,
107 kostengünstige Tools für digitale Belegführung, leicht verständliche Antragsverfahren und
108 praxistaugliche Abrechnungsregelungen, eine Reform des Gemeinnützigkeits- und
109 Zuwendungsrechts sowie verlässliche und langfristige Förderung.

110 Erinnerung als Auftrag – Nie wieder ist jetzt

111 Erinnerungskultur ist unverzichtbar. Die Verbrechen des Nationalsozialismus prägen unsere
112 Gesellschaft bis heute. Wir tragen Verantwortung dafür, die Erinnerung an die Opfer
113 wachzuhalten und daraus für unsere Demokratie und gesellschaftliche Freiheit einzustehen.
114 Gerade in Zeiten wachsender Demokratiefeindlichkeit gilt für uns: Nie wieder ist Auftrag für
115 Gegenwart und Zukunft.

116 Deshalb setzen wir die Förderung, erfolgreiche Zusammenarbeit mit und Vernetzung von
117 Gedenkstätten, Initiativen und lokalen Erinnerungsorten weiter fort. Darüber hinaus stärken
118 wir eine vielfältige, inklusive und barrierefreie Erinnerungskultur. In unserer vielfältigen
119 Einwanderungsgesellschaft wollen wir neue Ansätze stärken, um alle Menschen unabhängig ihrer
120 Herkunft zeitgemäß anzusprechen. Wir wollen allen jungen Menschen den Besuch einer NS-
121 Gedenkstätte während ihrer Schulzeit ermöglichen und digitale Erinnerungsformate sowie neue
122 Vermittlungsangebote fördern.

123 Zur Erinnerungskultur gehört für uns auch die Erinnerung an die Opfer von Verbrechen vor und
124 nach der NS-Zeit. Das betrifft beispielsweise die Aufarbeitung der deutschen
125 Kolonialverbrechen. Zudem halten wir das Gedenken an die Opfer rechtsextremer und
126 islamistischer Gewalt in der jüngeren Vergangenheit wach. Auch die Geschichte der Verfolgung
127 queerer Menschen in der NS-Zeit und in der Bundesrepublik wollen wir sichtbar machen. Die
128 Erinnerung mahnt uns zum Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, gegen
129 Antisemitismus, Rassismus, Islamismus und Rechtsextremismus.

130 Konsequenz gegen Rechtsextremismus, Islamismus, Rassismus und Antisemitismus

131 Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für unsere Demokratie. Rassismus, Antisemitismus und
132 Rechtsextremismus gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Sicherheit von
133 Menschen in NRW – online wie offline. Das zeigt sich in vielen Formen: in der
134 Diskriminierung und Bedrohung aufgrund von (zugeschriebenen) Merkmalen wie Herkunft,
135 Hautfarbe, Religion, Geschlecht oder geschlechtlicher Identität. Wir stärken deshalb die
136 Strukturen, die Betroffene unterstützen, Prävention leisten und demokratisches Engagement
137 vor Ort fördern.

138 Unsere Demokratie ist wehrhaft und sie muss wehrhaft bleiben. Wir setzen uns deshalb für ein
139 AfD-Verbotsverfahren ein. Es braucht einen Verbotsantrag gegen diese völkische,
140 rechtsextreme Partei, damit das Bundesverfassungsgericht über ihre Verfassungswidrigkeit
141 entscheiden kann.

142 Wir wollen die mobile Beratung, Opferberatung und Ausstiegsberatung absichern und auch
143 zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und
144 andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit besser unterstützen. Beratungsstellen
145 stärken wir ebenso wie die Bildungsarbeit für Demokratie und Vielfalt sowie den Schutz
146 zivilgesellschaftlicher Organisationen im digitalen Raum. Wir setzen das Handlungskonzept
147 gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus konsequent weiter um.

148 Mit der Ansiedlung der Landeszentrale für politische Bildung am Landtag haben wir ihre
149 Unabhängigkeit gestärkt. Jetzt wollen wir die politische Bildung noch stärker dorthin
150 bringen, wo Menschen tatsächlich leben: Wir setzen auf mehr aufsuchende Angebote, wie etwa
151 Demokratiewerkstätten vor Ort. Die Landeszentrale für politische Bildung soll neue Konzepte
152 entwickeln, um Menschen besser zu erreichen, die von klassischen Angeboten politischer
153 Bildung bislang zu selten angesprochen werden. So schaffen wir breitere Zugänge zu
154 politischer Bildung und stärken demokratische Teilhabe in der ganzen Gesellschaft. Zudem
155 leistet die Landeszentrale für politische Bildung Prävention gegen antidemokratische und
156 verfassungsfeindliche Haltungen. Neben Rechtsextremismus und Islamismus treten wir auch dem
157 Linksextremismus entschieden entgegen. Wo Gewalt gegen Menschen oder Sachen als Mittel
158 politischer Auseinandersetzung legitimiert, der demokratische Rechtsstaat abgelehnt oder
159 politische Gegner eingeschüchtert werden, ziehen wir eine klare Grenze. Wir stärken deshalb
160 die Prävention und die politische Bildung gegen linksextremistische Radikalisierung,
161 insbesondere bei jungen Menschen und im digitalen Raum.

162 Illegale Hassrede muss leicht aus dem Netz gelöscht werden können. Niedrigschwellige,
163 technisch unterstützte Meldewege für strafbare Inhalte wie die Initiative "Verfolgen statt
164 löschen" setzen wir fort. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen ihre Inhalte auf Social
165 Media frei und bewusst wählen können. Die aktuellen Algorithmen, die Hass und Gewalt mit
166 hoher Reichweite belohnen und andere Inhalte unterdrücken, lehnen wir ab. Dazu fordern wir
167 die Europäische Kommission auf, das Digital-Dienste-Gesetz (Digital Services Act)
168 entschlossener und konsequenter durchzusetzen.

169 Islamismus ist eine menschenfeindliche und faschistische Ideologie und eine ernsthafte
170 Bedrohung für unsere freiheitliche Demokratie. Er richtet sich gegen zentrale Werte unseres
171 Zusammenlebens: gegen das Recht auf Leben, die Glaubens- und Meinungsfreiheit, die
172 Gleichberechtigung der Geschlechter, gegen andere Ethnien und die Freiheit zu lieben, wen
173 man lieben möchte. Zunehmend geht der Islamismus auch mit nationalistischen Bewegungen Hand-
174 in-Hand. Wir sagen dem Islamismus, ob auf den Straßen, in Verbänden oder im Netz, den Kampf
175 an! Dabei setzen wir sowohl auf unsere Sicherheitsbehörden und eine starke Justiz als auch
176 auf Prävention und Intervention. Islamismus ist keine Frage von Herkunft, Nationalität oder
177 Religion. Deshalb setzen wir auf ein ganzheitliches Handlungskonzept gegen jeglichen, aber
178 insbesondere gegen gewaltbereiten Islamismus, das Prävention, Aussteigerprogramme und

179 konsequente Strafverfolgung verbindet. Dabei stärken wir insbesondere die digitale und
180 kommunale Präventionsarbeit sowie aufsuchende Angebote. Den Kampf gegen Islamismus führen
181 wir Seite an Seite mit der Mehrheit der Muslime, die ihn ebenfalls ablehnen, und deshalb
182 ohne Generalverdacht gegenüber zugewanderten Menschen. Denn viele Menschen, die aus
183 Krisengebieten zu uns fliehen, fliehen selbst vor islamistischem Terror und Verfolgung.

184 Um Radikalisierung frühzeitig zu erkennen, stärken wir die Sicherheits- und
185 Ermittlungsbehörden personell und technisch und verbessern die Bekämpfung islamistischer
186 Propaganda im Internet. Dabei nehmen wir insbesondere die Radikalisierung in den sozialen
187 Netzwerken und Messengerdiensten in den Blick.

188 Wir schaffen gezielt Räume für liberale muslimische Stimmen, die sich klar für Demokratie,
189 Menschenrechte und gegen Radikalisierung einsetzen und fördern den innermuslimischen und
190 interreligiösen Dialog sowie Initiativen für Demokratie und gegen Demokratiefeindlichkeit.
191 Wo Verbände sich nicht eindeutig vom Islamismus abgrenzen, von anderen Staaten vollständig
192 emanzipieren oder nicht für unsere demokratischen Grundwerte einstehen, beenden wir die
193 Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen.

194 Wir fördern Selbstbestimmung und Gleichstellung

195 Die Hälfte der Macht den Frauen

196 Frauen gehört die Hälfte der Macht: in Parlamenten und Regierungen, in Chefetagen und
197 Aufsichtsräten, in Wissenschaft und Justiz, in Medien und Kultur. Überall dort, wo Macht
198 ausgeübt und Zukunft gestaltet wird, müssen Frauen gleichberechtigt vertreten sein. Wir
199 GRÜNE NRW leben Parität und besetzen Gremien grundsätzlich mindestens zur Hälfte mit Frauen.

200 Wirtschaftliche Unabhängigkeit ist eine zentrale Voraussetzung für Selbstbestimmung. Noch
201 immer arbeiten Frauen häufiger in Teilzeit und häufiger unterhalb ihrer erworbenen
202 Qualifikation, sind seltener in Führungspositionen vertreten, verdienen durchschnittlich
203 weniger als Männer und tragen ein deutlich erhöhtes Risiko für Altersarmut. Besonders Frauen
204 in Minijobs und sozialen Berufen erleben geringe Löhne, unsichere Beschäftigung und fehlende
205 Aufstiegsperspektiven. Entscheidende Hebel sind deshalb: gleicher Lohn für gleichwertige
206 Arbeit, faire Arbeitsbedingungen und der gleichberechtigte Zugang zu Kapital und Netzwerken.
207 Die Kompetenzzentren "Frau und Beruf" sowie Programme für Gründerinnen und Unternehmerinnen,
208 etwa die Weiterentwicklung der Meistergründungsprämie, wollen wir weiterführen, ausbauen und
209 breiter zugänglich machen.

210 Care-Arbeit wird immer noch zu einem großen Teil von Frauen übernommen. Insbesondere
211 Alleinerziehende wollen wir daher unterstützen. Care-Berufe, ob im Gesundheitswesen, der
212 Pflege oder der Kinderbetreuung sind essentiell für unsere Gesellschaft – so müssen wir sie
213 auch bewerten.

214 Mutterschutz darf keine Frage des Beschäftigungsstatus sein. Deshalb wollen wir auch
215 selbstständige Frauen während des Mutterschutzes finanziell absichern. Auch werben wir
216 weiter für das in NRW entwickelte Modell für einen verlässlichen Einkommensausgleich und die
217 Finanzierung betrieblicher Vertretungen in der bundespolitischen Debatte.

218 Schon an Universitäten und Berufsschulen brauchen wir Mentoring, Empowerment und
219 Netzwerkveranstaltungen, um den Anteil von Frauen in Führungspositionen – im öffentlichen
220 Dienst wie in der Wirtschaft – zu erhöhen, wobei wir gezielt auch Frauen mit
221 Einwanderungsgeschichte, Schwarze Frauen und Frauen mit Behinderungen in den Blick nehmen,
222 die in Führungspositionen weiterhin besonders unterrepräsentiert sind.

223 Gewalt gegen Frauen entschieden bekämpfen

224 Gewalt gegen Frauen ist eine der größten Herausforderungen der inneren Sicherheit. Sie hat
225 viele Formen: körperliche, psychische, sexualisierte, digitale sowie wirtschaftliche Gewalt
226 und trifft Frauen aller sozialen Schichten und häufig im privaten Umfeld. Wir GRÜNE NRW
227 setzen uns für die konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention und den Schutz vor
228 geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt ein. Dazu benötigen wir eine enge Verzahnung
229 unterschiedlicher Strukturen, etwa von Gewalthilfe, Polizei, Justiz und dem
230 Gesundheitsbereich. Die enge Zusammenarbeit erfolgt auf Grundlage des Landesaktionsplans
231 "NRW gemeinsam gegen Gewalt".

232 Unser Ziel ist es, dass keine Frau Gewalt erleben muss. Wir wissen aber auch, dass die
233 Realität leider anders aussieht. Wir stellen uns konsequent an die Seite von Frauen, die von
234 Gewalt bedroht oder betroffen sind. Wir wollen sicherstellen, dass jede von Gewalt
235 betroffene oder bedrohte Frau und ihre minderjährigen Kinder die Unterstützung erhalten, die
236 sie benötigen. Wir bauen Frauenhäuser, Frauenberatungs- und Interventionsstellen weiter aus.
237 Dafür setzen wir das Gewalthilfegesetz des Bundes konsequent auf Landesebene um. Unser Ziel
238 ist klar: Jede Frau, die Schutz und Beratung braucht, muss sie bekommen. Den dafür
239 notwendigen Ausbau von Frauenhausplätzen werden wir bis 2032 sicherstellen. Alle Betroffenen
240 müssen unabhängig von Wohnort, Behinderung, Herkunft, Fluchtgeschichte oder
241 Geschlechtsidentität schnellen Zugang zu Schutz und Beratung erhalten. Dazu gehören
242 barrierefreie und kultursensible Angebote sowie Schutzmöglichkeiten.

243 In dieser Legislaturperiode haben wir dafür gesorgt, dass zusätzliche Angebote für Kinder in
244 Frauenhäuser geschaffen und ausgebaut werden konnten. Kinder sind Mitbetroffene von
245 häuslicher Gewalt und müssen daher immer mitgedacht werden. Mütter müssen die Möglichkeit
246 bekommen, ihre minderjährigen Kinder mit in ein Frauenhaus nehmen zu können. Auch für
247 jugendliche Jungen müssen Plätze vorgehalten werden, damit Mütter mit ihren minderjährigen
248 Söhnen in ein Frauenhaus gehen können.

249 Polizei und Justiz müssen Gewalt gegen Frauen konsequent verfolgen. Wir stärken schnelle
250 Ermittlungen und Verfahren und verbessern die Risikoeinschätzung. Nach spanischem Vorbild
251 wollen wir zudem Spezialgerichte gegen häusliche Gewalt etablieren, die familien- und
252 strafrechtliche Verfahren besser verzahnen, Zuständigkeiten bündeln und Verfahren
253 beschleunigen. Darüber hinaus wollen wir die elektronische Aufenthaltsüberwachung zum Schutz
254 vor Partnerschaftsgewalt zunächst evaluieren und bei Bedarf weiter ausbauen. Zum Schutz von
255 Frauen vor Zwangskontrolle gewaltausübender Väter halten wir am bisherigen Sorgerechtsmodell
256 für nicht verheiratete Eltern fest und wollen die Deeskalationshaft als letztes Mittel.
257 Femizide, die extremste Form geschlechtsspezifischer Gewalt, wollen wir auf Bundesebene als
258 eigenständiges Mordmerkmal im Strafgesetzbuch verankern.

259 Digitale sexualisierte Gewalt betrifft vor allem Frauen und junge Menschen. Sie umfasst alle
260 Formen sexueller Belästigung, Nötigung und Angriffe, die im digitalen sozialen Nahraum
261 verübt werden und ist ein schwerwiegender Eingriff in die körperliche und seelische
262 Unversehrtheit. Ihre Folgen unterscheiden sich oft nicht von analoger Gewalt. Wir setzen uns
263 konsequent für eine Gesellschaft ein, in der Betroffene vor allen Gewaltformen wirksam
264 geschützt, unterstützt und ernst genommen werden. Digitale Gewalt muss wirksamer bekämpft
265 und genauso hart bestraft werden wie analoge Gewalt. Wir setzen uns für eine klare
266 Strafbarkeit voyeuristischer Bild- und Videoaufnahmen sowie bildbasierter sexualisierter
267 Gewalt und wollen Deepfakes ohne Einwilligung der Betroffenen unter Strafe stellen.
268 Plattformen müssen rechtswidrige Inhalte – ob in Bildform oder auch Hate Speech – zügig
269 löschen, Betroffene bei der Rechtsdurchsetzung unterstützen und ihrer Verantwortung zum
270 Schutz vor digitaler Gewalt gerecht werden. Des Weiteren rufen wir einen Aktionsplan „Kampf
271 gegen digitale sexualisierte Gewalt“ ins Leben. Als Teil davon vermitteln wir praktisches
272 Wissen zum Schutz vor digitaler Gewalt direkt an Betroffene sowie an Beschäftigte von

273 Beratungsstellen und Frauenhäusern, damit diese auch in akuten Bedrohungslagen sofort helfen
274 können.

275 Gewaltschutz beginnt jedoch vor der Tat. Deshalb stärken wir Gewaltprävention und
276 Medienkompetenz, bauen die Arbeit mit Jungen und Männern sowie Täterarbeit und Programme zur
277 Rückfallprävention aus. Wir treten Antifeminismus und frauen- und queerfeindlichen
278 Netzwerken mit Aufklärung, Demokratieförderung, vor allem in Schulen entschieden entgegen
279 und werden auch digitale Maßnahmen gegen Antifeminismus ausbauen.

280 Sexualdelikte professionell und mit Kontinuität verfolgen

281 Verfahren wegen sexualisierter Gewalt erfordern besondere Sensibilität und Fachkompetenz.
282 Deshalb richten wir Schwerpunkt-Amtsgerichte und spezialisierte Kammern für Sexualdelikte
283 ein. Wir stärken verpflichtende Fortbildungen, Supervision sowie den Einsatz audio-visueller
284 Vernehmungen, um Betroffene besser zu schützen und Verfahren zu beschleunigen.
285 Spezialisierungen in Justiz und Staatsanwaltschaft müssen sich auch bei Beförderungen
286 widerspiegeln.

287 Für uns gilt im Sexualstrafrecht der Grundsatz: Nur Ja heißt Ja. Sexuelle Handlungen dürfen
288 nur bei eindeutiger und freiwilliger Zustimmung als einvernehmlich gelten. Gemeinsam mit den
289 Ländern wollen wir bestehende Schutzlücken im Sexualstrafrecht schließen. Wir setzen uns für
290 härtere Strafen beim Einsatz von K.-o.-Tropfen bei Übergriffen ein.

291 Um zu vermeiden, dass Opfer ein wiederholtes Mal belastet oder psychisch verletzt werden,
292 verpflichten wir Staatsanwält*innen und Richter*innen zu Fortbildungen zu
293 geschlechtsspezifischer Gewalt und Traumafolgen, führen Gewalt-, Opfer- und
294 Kinderschutzbeauftragte an den Präsidialgerichten ein und bauen spezialisierte Ermittlungs-,
295 Staatsanwaltschafts- und Richter*innenstrukturen weiter aus.

296 Sexarbeit: Rechte stärken, Ausbeutung bekämpfen

297 Feministische Politik nimmt unterschiedliche Lebensrealitäten und Machtverhältnisse in den
298 Blick – dazu gehört auch Sexarbeit. Wir möchten deshalb die Rechte, Sicherheit und
299 Gesundheit von Sexarbeiter*innen in NRW stärken, Stigmatisierung abbauen und Ausbeutung,
300 Menschenhandel sowie Zwangsprostitution bekämpfen, ohne selbstbestimmt arbeitende
301 Sexarbeiter*innen einzuschränken. Um das zu erreichen, wollen wir Beratungsangebote
302 niedrigschwellig, diskriminierungssensibel und flächendeckend zugänglich machen,
303 Fortbildungen zur Sensibilisierung von Polizei, Ordnungsämtern, Gesundheitsämtern und Justiz
304 ausweiten und den Schutz für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution ausbauen. Das
305 Prostituiertenschutzgesetz muss auf Bundesebene dahingehend grundlegend reformiert werden.
306 Dabei ist es wichtig, Sexarbeiter*innen und auch Opfer von Menschenhandel sowie
307 Zwangsprostitution bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen einzubeziehen. Sexarbeit
308 darf nicht pauschal kriminalisiert oder in unsichere Verhältnisse verdrängt werden.

309 Sicherheit und Sichtbarkeit für queere Menschen

310 NRW ist bunt und feiert alle Farben des Regenbogens. Wer queer ist, muss in NRW frei leben
311 können und niemals Angst haben müssen – nicht auf der Straße, nicht beim Amt, nicht im
312 eigenen Zuhause. Christopher Street Days und andere queere Veranstaltungen machen die
313 Vielfalt und Freiheit unserer Gesellschaft sichtbar. Sie sind Orte der Gemeinschaft, der
314 Sichtbarkeit und des politischen Kampfs für gleiche Rechte. Wir sorgen dafür, dass queeres
315 Leben überall in NRW sichtbar und sicher sein kann. Wir kämpfen weiter dafür, in Artikel 3
316 Grundgesetz die sexuelle Identität als Diskriminierungsmerkmal aufzunehmen.

317 Gegen Queerfeindlichkeit gehen wir konsequent vor. Dazu gehört der Schutz von CSDs, queeren
318 Einrichtungen und Engagierten vor rechtsextremen, islamistischen und queerfeindlichen
319 Angriffen, Bedrohungen und Hate Speech.

320 Mit einem Aktionsplan „Queer leben“ für NRW schaffen wir eine verlässliche Grundlage für die
321 Rechte und den Schutz queerer Menschen – mit konkreten Maßnahmen für mehr Sicherheit,
322 Akzeptanz und Teilhabe. Sichtbarkeit und queere Strukturen stärken wir gerade auch im
323 ländlichen Raum. Die Erkenntnisse der Lebenslagenstudie setzen wir konsequent in konkrete
324 Maßnahmen um. Wir stärken Prävention, Beratung und den Schutz vor Diskriminierung und
325 qualifizieren Polizei, Justiz und Verwaltung im Umgang mit Queerfeindlichkeit und
326 Hasskriminalität. Queerfeindliche Gewalt muss konsequent verfolgt werden. Auch Beschäftigte
327 in Schulen und Gesundheitseinrichtungen sensibilisieren und qualifizieren wir für den Schutz
328 queerer Menschen. Damit tragen wir zum Vertrauen in die Institutionen bei und reduzieren die
329 Scham, die oft dazu führt, dass Menschen sich keine Hilfe suchen. Vielfalt als
330 Querschnittsaufgabe öffentlicher Institutionen trägt dazu bei, dass alle Menschen in NRW
331 unabhängig von sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität frei, sichtbar und
332 ohne Angst leben können. Dafür sichern wir die Finanzierung queerer Strukturen langfristig
333 ab. Hier nehmen wir insbesondere auch Strukturen für migrantische und ältere queere Personen
334 in den Blick.

335 Weil Gewalt gegen queere Menschen zunimmt und bestehende Schutzstrukturen sie oft nicht
336 auffangen, schaffen wir als Modellprojekt ein eigenes Schutzhaus für LSBTIQ*-Personen, die
337 von Gewalt betroffen sind.

338 Lesbische Familien brauchen endlich die gleichen Rechte. Wir setzen uns auf Bundesebene
339 dafür ein, dass die Co-Mutter eines Kindes von Geburt an automatisch als rechtlicher
340 Elternteil anerkannt wird, wenn das Kind in eine Ehe oder entsprechend rechtlich
341 abgesicherte Partnerschaft hineingeboren wird. So beenden wir die Benachteiligung lesbischer
342 Familien im Abstammungsrecht und schaffen von Anfang an Rechtssicherheit für Kinder und
343 Eltern. Auch die Anerkennung anderer Co-Eltern wollen wir erleichtern.

344 Wir begreifen Vielfalt als Stärke

345 Einwanderungsgesellschaft gestalten – Integration verlässlich machen

346 Nordrhein-Westfalen ist ein Land, das in Vielfalt zusammenhält. Menschen mit
347 unterschiedlichen Herkunft, Sprachen und Erfahrungen prägen seit Generationen unser
348 Zusammenleben, unsere Wirtschaft und unsere Kultur. Ob die sogenannten Gastarbeiter*innen
349 und ihre Familien, Fachkräfte, die aus aller Welt zu uns gekommen sind, oder Menschen, die
350 vor Krieg und Verfolgung geflüchtet sind und sich hier ein neues Leben aufgebaut haben: Sie
351 alle sind Teil unserer Einwanderungsgesellschaft und gehören untrennbar zu dem, was NRW
352 ausmacht. Wir sind stolz auf unser Einwanderungsland. Und wir wissen, dass gleiche Chancen
353 noch immer keine Selbstverständlichkeit sind. Herkunft oder Name dürfen nicht darüber
354 entscheiden, welche Chancen ein Mensch in der Schule, auf dem Arbeitsmarkt, bei der
355 Wohnungssuche oder im Alltag hat. NRW braucht die Ideen, Qualifikationen und Erfahrungen
356 aller Menschen, die hier leben und arbeiten. Unser Ziel ist ein NRW, in dem alle Menschen
357 ihr Leben selbstbestimmt gestalten und gleichberechtigt teilhaben können.

358 Wir stärken die Kommunalen Integrationszentren und das Kommunale Integrationsmanagement,
359 Integrationsagenturen, Beratungsstellen und Migrant*innenselbstorganisationen. Sie schaffen
360 Zugänge zu Bildung, Arbeit und gesellschaftlicher Teilhabe, begleiten Menschen beim Ankommen
361 und bauen Brücken zwischen Staat und Bevölkerung. Diese gewachsenen Strukturen wollen wir
362 strukturell absichern und gemeinsam mit allen Beteiligten weiterentwickeln.

363 Zu guten Integrationsstrukturen gehören für uns außerdem Begegnungsräume, die Stärkung von
364 Migrant*innenselbstorganisationen sowie wirksame Antidiskriminierungsstrukturen. Dafür
365 entwickeln wir die Förderung nach dem Teilhabe- und Integrationsgesetz NRW (TIntG) weiter,
366 schaffen mehr Planungssicherheit und vereinfachen die Verwaltungsverfahren.

367 Menschen mit Einwanderungsgeschichte müssen nicht nur vertreten sein, sondern selbst
368 mitentscheiden können. Deshalb stärken wir ihre politische Partizipation. Wir wollen unseren
369 Beitrag dazu leisten, dass Einbürgerungsverfahren vereinfacht und beschleunigt werden.
370 Offensiven, die für die Einbürgerung werben, unterstützen wir.

371 Die vielfältige Migrationsgeschichte NRWs gehört zu unserem gemeinsamen kulturellen
372 Gedächtnis. Zu einem Einwanderungsland gehört auch, seine eigene Geschichte erzählen zu
373 können. Die Geschichte von Flucht und Vertreibung, von Aussiedler*innen und
374 Spätaussiedler*innen, der Arbeitsmigration und der unterschiedlichen Flucht- und
375 Einwanderungsbewegungen, die unser Land bis heute prägen. Wir sorgen dafür, dass die
376 Geschichte der Einwanderung nach NRW als selbstverständlicher Teil unserer gemeinsamen
377 Geschichte sichtbar bleibt. Daher unterstützen wir weiter das Vorhaben eines nationalen
378 Migrationsmuseums in NRW.

379 Lebensleistung von Gastarbeiter*innen angemessen würdigen

380 Nordrhein-Westfalen, so wie wir es heute als Zuhause kennen, haben wir auch den vielen
381 Gastarbeiter*innen, also der ersten Generation der Arbeitsmigrant*innen, die zu Beginn der
382 Republikgründung nach Deutschland kamen, zu verdanken. Sie haben unser Land wirtschaftlich
383 und gesellschaftlich mitgeprägt – oft unter schwierigen Arbeitsbedingungen und ohne die
384 soziale Absicherung, die ihrer Leistung gerecht geworden wäre. Das wirkt bis heute nach:
385 Ehemalige Gastarbeiter*innen sind aufgrund fehlender oder unzureichender Tarifregelungen
386 sowie gehäuft auftretender irregulärer Beschäftigungsverhältnisse im Rentenalter von
387 Altersarmut und anderen sozialen Folgen in besonderer Weise betroffen. Ihre besonderen
388 Bedürfnisse und ihre soziale Sicherheit im Alter wollen wir deshalb stärker in den Blick
389 nehmen. Wir wollen, dass im ganzen Land niedrigschwellige, aufsuchende, muttersprachliche
390 Informations- und Beratungsangebote zur Verfügung stehen. Ihre Lebensleistung ist Teil der
391 Geschichte NRWs und verdient Anerkennung.

392 Das Landesantidiskriminierungsgesetz weiterdenken

393 Mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz haben wir den Schutz vor Diskriminierung in NRW
394 deutlich gestärkt. Polizeibeamt*innen, Lehrkräfte und alle anderen Beschäftigten des
395 öffentlichen Dienstes treten jeden Tag für unsere freiheitliche Demokratie ein. Dennoch kann
396 es zu Diskriminierung kommen. Mit dem Gesetz setzen wir auf gütliche Einigungen und eine
397 präventive Wirkung. Auf Basis der anstehenden Evaluation des Gesetzes im Jahr 2030 wollen
398 wir den Diskriminierungsschutz weiter stärken. Das Land NRW geht mit der Vorbildfunktion als
399 Staat voran und sorgt für einen starken Diskriminierungsschutz.

400 Freiheit im Glauben, Freiheit vom Glauben

401 NRWs Vielfalt zeichnet sich auch in der Vielzahl der Religionen aus. Egal ob Christentum,
402 Islam, Judentum, Alevitenum, Jesidentum, Buddhismus, orthodoxes Christentum, Hinduismus oder
403 andere Religionen – die Menschen in NRW leben und glauben vielfältig. Und viele Menschen
404 glauben auch nicht, bekennen sich zum Agnostizismus oder Atheismus oder lassen sich gar
405 keiner dieser Kategorien zuordnen. Für uns stehen die Freiheit zum Glauben und die Freiheit,
406 nicht zu glauben, all dieser Menschen im Mittelpunkt unserer Politik.

407 Ganz oft verbinden Menschen mit ihrem Glauben auch Heimat, Zusammenhalt und persönliches
408 Engagement, egal ob in ihrer Gemeinde oder in ihrer Nachbarschaft. Dieses Verständnis und

409 die daraus resultierende Arbeit sind für uns als Gesellschaft wertvoll, und wir schätzen
410 sie. Der Sozialstaat, wie wir ihn heute kennen und schützen, wäre ohne die Wohlfahrtspflege
411 und die vielen Ehrenamtlichen unmöglich aufrechtzuerhalten. Der Bedarf muslimischer
412 Wohlfahrtsarbeit steigt in unserer vielfältigen Gesellschaft. Wir unterstützen die
413 Weiterentwicklung von Vereinen, die nicht staatlich und politisch gebunden sind.

414 Die Kirchen sind für uns darüber hinaus oft Bündnispartner, sei es beim gesellschaftlichen
415 Zusammenhalt, bei der Nächstenliebe, bei Chancen, beim Klimaschutz, in der Seenotrettung, im
416 Kampf für Menschenrechte oder in der Bildungs- und Sozialarbeit. Diese gewachsene
417 Partnerschaft von Land, Kommunen und Kirchen wollen wir erhalten und weiterentwickeln.
418 Insbesondere beim Kirchenasyl setzen wir auf frühzeitige Kommunikation zwischen Kirchen,
419 BAMF und Ausländerbehörden, damit humanitäre Härtefälle erkannt und bestehende rechtliche
420 Spielräume konsequent genutzt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass das Kirchenasyl von
421 Bundes- und Landesbehörden geachtet wird.

422 Über den Missbrauch in der Kirche darf man nicht schweigen. Amtsträger der Kirche haben
423 unendlich viel Leid erzeugt und das Leben von Menschen zerstört. Wir stehen an der Seite der
424 Opfer. Dort wo wir helfen können, möchten wir alles tun, um dieses Leid zu lindern. Wir
425 drängen auf Aufarbeitung, Transparenz und unterstützen Selbsthilfegruppen für Betroffene und
426 Angehörige von Betroffenen. Wir drängen auf Schutzkonzepte, Anlaufstellen und Beratung,
427 damit Menschen von diesem Leid verschont bleiben.

428 Wir wissen auch um die Probleme innerhalb der Kirche und zwischen Staat und Kirche. Wir
429 wollen diese Probleme angehen und sie nicht verschweigen. Das betrifft das kirchliche
430 Arbeitsrecht, aber auch in Teilen das Verhältnis von Staat und Kirche. Eine Gesellschaft
431 kann beides gleichzeitig tun: den Wert von Glaubensgemeinschaften anerkennen und würdigen
432 und zugleich für eine Neutralität von Staat und Kirche eintreten. Ein Staat muss
433 weltanschaulich neutral handeln, weshalb zum Beispiel die „Ehrfurcht vor Gott“ aus unserer
434 Sicht kein allgemeines Bildungsziel sein sollte. Wir plädieren für eine Modernisierung des
435 Feiertagsgesetzes, um unter anderem das Verbot von Kultur- und Tanzveranstaltungen an
436 „stillen“ Feiertagen zu überwinden. Zudem unterstützen wir die Abschaffung von Hürden bei
437 Kirchenaustritten.

438 Sowohl die katholische als auch die evangelische Kirche befinden sich in unserem Land in
439 einer Transformation. Sie sanieren Kirchengebäude klimagerecht, nutzen Gebäude um oder
440 entweihen auch Kirchengebäude. Diesen Transformationsprozess wollen wir als Land begleiten
441 und unterstützen, alleine schon deshalb, weil aus historischen Gründen Kirchengebäude oft
442 das städtebauliche Zentrum eines Dorfes oder einer Stadt bilden. Für uns ist entscheidend,
443 dass auch eine neue Nutzung diesen Zentrumscharakter ermöglicht. Deshalb begleiten wir die
444 Umnutzungen konstruktiv im Dialog mit Kommunen und Kirchen.

445 Wir treten jeder Form von religiösem Fundamentalismus entschieden entgegen – unabhängig
446 davon, aus welcher Religion heraus er begründet wird. Wo Religion genutzt wird, um Freiheit
447 und Selbstbestimmung einzuschränken, Gleichberechtigung infrage zu stellen oder
448 Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung zu rechtfertigen, ziehen wir eine klare Grenze. In den
449 USA zeigt sich, wie christlich-nationalistische Bewegungen Religion zum politischen
450 Machtinstrument machen und mit der MAGA-Bewegung gesellschaftliche Vielfalt, die
451 Gleichberechtigung der Geschlechter, die Rechte queerer Menschen und demokratische
452 Institutionen angreifen. Doch auch hier versuchen Kräfte der extremen Rechten, christliche
453 Werte und Symbole für ihre Politik zu vereinnahmen.

454 Muslim*innen gehören zu NRW. Das ist Realität seit vielen Jahren. Die gesellschaftliche
455 Anerkennung dessen ist aber jahrzehntelang ausgeblieben. Gebetsräume wurden oft in
456 Gewerbegebiete oder Hinterhöfe verwiesen. Es war ein integrationspolitischer Fehler, dass

457 wir nicht vor Ort muslimisches Leben mitorganisiert, sondern anderen Staaten überlassen
458 haben. Diese Räume wussten und wissen Islamist*innen für ihre Propaganda zu nutzen. Wir
459 wissen um die Gefahr von Islamismus und werden diesen mit allen Mitteln bekämpfen. Viele
460 Muslim*innen leiden unter der Gleichsetzung von Islam und Islamismus, vor allem jene
461 liberalen Muslim*innen im Land, die von radikalen Islamisten besonders bedroht werden und
462 deswegen zu uns flüchten. Wir stehen an ihrer Seite, motivieren und unterstützen sie, eine
463 noch hörbarere Position für den liberalen Islam zu beziehen.

464 NRW blickt auf mindestens 1.700 Jahre jüdisches Leben zurück, und wir kämpfen dafür, dass es
465 in NRW weiter sichtbar, vielfältig und hörbar ist. Zur bitteren Realität gehört: Menschen
466 tragen ihren Davidstern unter der Kleidung und verzichten im öffentlichen Raum auf eine
467 Kippa. Viele von ihnen sitzen sprichwörtlich auf gepackten Koffern. Nach dem Terroranschlag
468 der Hamas auf Menschen in Israel am 7. Oktober 2023 hat sich das Sicherheitsgefühl vieler
469 Jüd*innen in Deutschland grundlegend verändert. Viele fragen sich, wie sicher und
470 selbstbestimmt ihre Lebensführung in Deutschland noch möglich ist. Der Antisemitismus war
471 bereits auf einem hohen Niveau und nahm danach noch einmal dramatisch zu. Wir wehren uns
472 gegen jeden Antisemitismus, sei es von rechts, von links, durch den politischen Islam oder
473 aus der Mitte der Gesellschaft. Wir stehen an der Seite unserer jüdischen Mitbürger*innen
474 und werden immer dafür eintreten, dass sie ihr Recht auf Religionsausübung und das
475 Zelebrieren ihrer Kultur ausüben können. Wir setzen uns für ein starkes und sichtbares
476 jüdisches Leben in NRW ein.

477 Wir schützen Menschenrechte und schaffen Chancen für Geflüchtete

478 Integration von Anfang an: ankommen und teilhaben

479 Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, haben ihre alte Heimat verloren. Sie kommen
480 mit großer Hoffnung auf Frieden, Freiheit und Sicherheit. Sie haben das Recht auf Schutz.
481 Nordrhein-Westfalen steht für eine humanitäre Flüchtlingspolitik. Wir begegnen ihnen dabei
482 auf Augenhöhe: Als potenzielle neue Bürger*innen, mit eigenen Potenzialen und der
483 Verantwortung, ihre neue Heimat aktiv mitzugestalten. Unsere Kommunen haben gemeinsam mit
484 einer starken Zivilgesellschaft Handlungsfähigkeit in Krisen- und Kriegszeiten bewiesen,
485 indem sie zusammengehalten und viele Menschen auf der Flucht aufgenommen haben.

486 Das individuelle Recht auf Asyl und die Genfer Flüchtlingskonvention sind für uns
487 unverrückbare Grundlagen einer menschenrechtsorientierten Flüchtlingspolitik. Wir stellen
488 uns allen Versuchen entgegen, das individuelle Recht auf Schutz auszuhöhlen oder Menschen
489 auf der Flucht pauschal unter Generalverdacht zu stellen. Wir setzen uns dafür ein, dass
490 menschenrechtsbasierte Ansätze in der europäischen Asyl- und Migrationspolitik gestärkt
491 werden. Wir stehen für ein rechtsstaatliches, solidarisches und funktionierendes Asyl- und
492 Rückführungssystem, das jeden Menschen individuell im Blick hat.

493 Unser Ziel sind kurze Aufenthaltszeiten in den Landesunterkünften. Wir halten ausreichend
494 Plätze vor, um auf Fluchtbewegungen reagieren zu können und so die Kommunen zu entlasten.
495 Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir weg von übergroßen und isolierten Einrichtungen und
496 hin zu dezentralen und kleineren Wohneinheiten mit persönlichen Rückzugsorten. In unseren
497 Unterkünften müssen alle Menschen, insbesondere Kinder und besonders schutzbedürftige
498 Menschen, sicher sein. Deshalb verankern wir verbindliche Standards im
499 Landesgewaltschutzkonzept und entwickeln dieses weiter. Wir stärken kindgerechte
500 Beschwerdemöglichkeiten, Rückzugsräume und Freizeitangebote und stellen für Kinder und
501 Jugendliche den Zugang zu Regelbeschulung und Jugendhilfe sicher. Die gesundheitliche
502 Versorgung von Menschen ohne Papiere wollen wir durch den anonymen Krankenschein weiterhin
503 ermöglichen.

504 Unbegleitete minderjährige Geflüchtete brauchen Perspektiven. Wir setzen uns
505 bedarfsorientiert für eine starke und abgesicherte Jugendhilfe- oder Clearingeinrichtungen
506 ein, sodass ihre unabhängige Vertretung ab Tag eins gewährleistet ist. Der Vorrang des
507 Kindeswohls ist jederzeit sicherzustellen.

508 Der Austausch mit der Zivilgesellschaft, die sich für die Belange von Geflüchteten
509 einsetzen, ist uns wichtig und muss ein fester Bestandteil unseres Asylsystems sein. Ihr
510 haupt- und ehrenamtliches Engagement ist unersetzlich für die Aufnahme, Integration und
511 Begleitung von Geflüchteten.

512 Wir wollen Integrationsmöglichkeiten für Geflüchtete von Beginn an. Deshalb müssen
513 Integrations-, Teilhabe- und Sprachkurse allen Geflüchteten unabhängig von Aufenthaltsstatus
514 und Bleibeperspektive offenstehen. Für Teilhabe, ein eigenständiges Leben und eine gelungene
515 Integration sind Deutschkenntnisse wichtig, deshalb setzen wir uns dafür ein, dass alle
516 Menschen die Chance haben, Deutsch zu lernen, unabhängig von Alter, Einkommen oder
517 Aufenthaltsdauer. Kürzungen und Zulassungsstopps bei Integrations- und
518 Erstorientierungskursen des Bundes treten wir entgegen.

519 Menschen, die zu uns kommen, bringen vielfältige Potenziale und oft auch Berufserfahrungen
520 und Qualifikationen mit. Gerade angesichts des demografischen Wandels sind wir darauf
521 angewiesen, diese Fähigkeiten zu nutzen und dringend benötigte Arbeits- und Fachkräfte zu
522 gewinnen. Geflüchtete sollen deshalb einen persönlichen Integrationsfahrplan erhalten, der
523 beim Übergang in die Kommune weitergeführt wird. So verhindern wir Brüche zwischen
524 Landesunterkunft, Ausländerbehörde, Schule, Jobcenter und Beratungsstelle. Mit einem
525 Kompetenz-Check in den Zentralen Unterbringungseinrichtungen stellen wir frühzeitig fest,
526 welche beruflichen Fähigkeiten, Abschlüsse und Arbeitserfahrungen sie mitbringen. So
527 verbessern wir Integrationschancen und entlasten die Kommunen. Insbesondere für geflüchtete
528 Frauen wollen wir Zugänge zu Informationen, Orientierung und Netzwerken schaffen. Wir wollen
529 auch migrantische Unternehmen stärker einbeziehen und als gute Ausbildungspartner*innen
530 begleiten.

531 Kommunale Ausländer- und Einbürgerungsbehörden sollen über Behördengrenzen hinweg Menschen
532 bei den notwendigen Schritten vom Ankommen, über den Zugang zur Arbeit bis hin zur
533 Einbürgerung verlässlich begleiten. Mehrsprachige Informationen und verlässliche,
534 pragmatische Lösungen bei der Sprachmittlung sowie feste Ansprechpersonen bei komplexeren
535 Anliegen stärken den Umgang der Behörden mit den Geflüchteten und Neuzugewanderten auf
536 Augenhöhe. Viele Kommunen haben sich bereits auf den Weg gemacht, ihre Behörden mit diesem
537 Fokus aufzustellen. Dafür unterstützen wir Behörden, die gesellschaftliche Teilhabe durch
538 aktive und individuelle Beratung sowie Zusammenarbeit mit den Klient*innen ermöglichen.
539 Menschen, die gut integriert sind, die Deutsch lernen, hier in Ausbildung oder in Arbeit
540 sind und sich an die Gesetze halten, sollen auf Bleibeperspektiven hin beraten werden. Wir
541 wollen dafür auch die Arbeit der Ausländerbehörden, des Kommunalen Integrationsmanagements
542 und der Zivilgesellschaft besser verzahnen. Auf Bundesebene werden wir uns weiter für
543 Möglichkeiten des "Spurwechsels" und vereinfachte Voraussetzungen für Arbeitserlaubnisse
544 einsetzen.

545 Menschenrechte schützen – auch an Europas Grenzen

546 Menschenrechte sind auch an den Außengrenzen der Europäischen Union unverhandelbar. Wir
547 wollen das Sterben im Mittelmeer beenden. Wer Menschen aus lebensgefährlicher Seenot rettet,
548 darf nicht verfolgt werden. Für besonders verfolgte und schutzbedürftige Gruppen setzen wir
549 uns gezielt für humanitäre Lösungen ein, wie die Aufnahme aus UN-Programmen. Für die in NRW
550 lebenden Ezid*innen haben wir bereits eine sichere Bleibeperspektive auf den Weg bringen

551 wollen. Doch das Bundesinnenministerium verweigert die dafür notwendige Zustimmung. Wir
552 setzen uns weiter für eine rechtssichere Lösung ein.

553 Faire, rechtsstaatliche und humane Asylverfahren

554 Unabhängige Asylverfahrensberatung stärkt die Rechte Schutzsuchender, trägt zu fairen
555 Verfahren bei und entlastet die Behörden. Deshalb fordern wir den Bund auf, die Finanzierung
556 dauerhaft sicherzustellen. Eine regelmäßige Wirksamkeitsprüfung soll Transparenz schaffen
557 und die Angebote am Bedarf ausrichten. Besonders Frauen, Minderjährige, traumatisierte und
558 queere Geflüchtete sind auf unabhängige, niedrigschwellige und spezialisierte Beratung
559 angewiesen. Deshalb wollen wir diese Angebote stärken.

560 Zu einem funktionierenden und fairen Asylsystem gehört, dass rechtskräftige Entscheidungen
561 durchgesetzt werden: Wo kein Bleiberecht besteht und eine freiwillige Ausreise nicht
562 erfolgt, sind Rückführungen durchzuführen.

563 Unsere Gesellschaft hat einen Anspruch darauf, dass Straftaten konsequent verfolgt und
564 Strafen vollstreckt werden. Daher setzen wir bei Rückführungen eine Priorisierung auf
565 schwere Straftäter sowie Menschen, von denen eine erhebliche Gefahr für die öffentliche
566 Sicherheit ausgeht. Wir verbessern die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen
567 den beteiligten Behörden, kommunizieren klare Zuständigkeiten und einheitliche, verlässliche
568 Verfahren. Dabei nehmen wir auch den Bund in die Pflicht: Wo das BAMF oder andere
569 Bundesbehörden zuständig sind, müssen sie die Ausländerbehörden bei der Umsetzung
570 rechtskräftiger Entscheidungen verlässlich unterstützen. Wir erwarten, dass der Bund seiner
571 Ankündigung nachkommt und die sogenannten Dublin-Verfahren zentral übernimmt. Denn es ist
572 Aufgabe des Bundes, sich gegenüber der EU und der europäischen Ersteinreiseländer für
573 verlässlichere Rücknahmeverfahren und eine bessere Zusammenarbeit einzusetzen.

574 Wir achten auf Humanität, Verhältnismäßigkeit und den Schutz besonders vulnerabler Menschen.
575 Daher wollen wir Abschiebungen aus Schulen, Kitas, Jugendhilfeeinrichtungen, Krankenhäusern,
576 psychiatrischen Einrichtungen und geschützten Beratungsräumen vermeiden. Der Kinderschutz
577 ist dabei zu wahren. Die unabhängige Abschiebungsbeobachtung stärken wir. Abschiebehaft ist
578 keine Straftat. Mildere Mittel als die Abschiebehaft müssen immer geprüft und angewendet
579 werden, Abschiebehaft darf nur als letztes Mittel zum Einsatz kommen. Die Abschiebehaft muss
580 höchsten rechtsstaatlichen und humanitären Standards entsprechen.

581 Bei Rückführungen gelten die Menschenrechte, die Genfer Flüchtlingskonvention und das
582 Völkerrecht uneingeschränkt. Niemand sollte in einen Staat abgeschoben werden, in dem
583 Verfolgung oder Folter drohen. Wir kritisieren Verhandlungen des Bundes zur Ausweitung von
584 Abschiebungen um jeden Preis, da sie Terrorregime, wie in Iran oder Afghanistan,
585 legitimieren, die Grundrechte missachten und Gewalt gegen die eigene Bevölkerung ausüben.
586 Widerrufsentscheidungen müssen sich an der tatsächlichen Sicherheits- und Menschenrechtslage
587 im Herkunftsland orientieren. Wir fordern den Bund auf, bestehende Abschiebungsverbote
588 konsequent zu beachten und Entscheidungen bei einer veränderten Lage unverzüglich zu
589 überprüfen.

590 Wir fördern Kultur, Medien und Sport

591 Kulturpolitik krisenfest und planbar machen

592 Die Kunst- und Kulturszene in NRW ist einzigartig und macht unser Bundesland besonders
593 lebenswert. Von Museen über Clubs und Konzertsälen bis zu Bühnen und freien Angeboten – sie
594 bereichern NRW in ihrer Vielfalt auf dem Land wie in der Stadt und tragen unsere Demokratie
595 mit. Sie stärken den Wirtschaftsstandort und sind zugleich Motor für gesellschaftliche
596 Debatten und neue Impulse. Wir fordern eine mehrjährige, verlässliche Finanzplanung für die

597 Kultur in NRW, damit sie nicht jedes Jahr neu zur Verhandlungsmasse wird. Und wir fordern
598 eine Anpassung der Fördersummen an die tatsächliche Kostenentwicklung, damit reale
599 Erhöhungen nicht durch Inflation aufgefressen werden. Für eine verlässliche Kulturförderung
600 stärken wir zugleich die Finanzen der Städte, Gemeinden und Kreise, denn sie sind die
601 wichtigsten Geldgeber für Kultur vor Ort.

602 Faire Arbeitsbedingungen sind die Grundlage für eine vielfältige und leistungsfähige
603 Kulturlandschaft. Auch für Künstler*innen und bei Kulturschaffenden wollen wir gute,
604 verlässliche und angemessen vergütete Arbeitsbedingungen sichern. Die Honoraruntergrenzen
605 bei landesgeförderten freien Projekten dürfen nicht durch gekürzte Projektzahlen oder
606 ausgedünnte Förderlinien querfinanziert werden. Wir wollen deshalb eine Ausfallsicherung für
607 Förderlinien, die durch die neuen Honoraruntergrenzen unter Druck geraten. Über eine
608 Gagenuntergrenze für Solo-Beschäftigte an öffentlichen Theatern verbessern wir zusätzlich
609 die Arbeitsbedingungen von Künstler*innen auf und hinter der Bühne. Gleichzeitig setzen wir
610 uns entschieden gegen Machtmissbrauch und für sichere Arbeits- und Produktionsbedingungen in
611 der Kultur ein. Schutzkonzepte wollen wir weiterentwickeln und insbesondere die
612 Intimitätskoordination an Theatern und Opernhäusern sowie in Hochschulen und in der
613 künstlerischen Lehre und bei Proben verankern, um die künstlerische Arbeit von der Bildung
614 zur Premiere zu begleiten.

615 Kulturräume gegen Verdrängung schützen

616 Kunst und Kultur brauchen Räume – zum Arbeiten, Ausprobieren, Produzieren und Begegnen.
617 Deshalb wollen wir Kulturräume in den Städten und Gemeinden sichern, schaffen und dauerhaft
618 zugänglich halten. Atelier-, Proben- und Produktionsräume sind dabei weit mehr als reine
619 Arbeitsorte: Sie sind Orte der Kommunikation, der Sichtbarkeit von Kunst und Kultur und des
620 gesellschaftlichen Austauschs. Gerade in wachsenden Städten und Gemeinden geraten solche
621 Räume jedoch durch steigende Mieten, Flächenkonkurrenz und die zunehmende Verdichtung von
622 Wohnbebauung immer stärker unter Druck. Kultur darf nicht an den Rand gedrängt werden. Wir
623 setzen uns dafür ein, kulturelle Räume auch in innerstädtischen und zentralen Lagen zu
624 erhalten und bei der Stadt- und Gemeindeentwicklung von Anfang an mitzudenken. Dafür wollen
625 wir neue Modelle der Zwischennutzung, Kooperationen mit Kommunen, Wohnungswirtschaft und
626 privaten Eigentümerinnen und Eigentümern sowie langfristige Sicherungsmodelle für
627 Kulturimmobilien stärken. So schaffen wir verlässliche Orte, an denen künstlerische Arbeit
628 entstehen, ausprobiert und sichtbar werden kann und an denen Menschen zusammenkommen.
629 Kulturorte wie Kinos und Theater sind wegen ihrer oft zentralen Lage in den Städten und
630 Dörfern gut geeignet, kühlende Orte bei Hitze zu sein. Dafür braucht es Investitionen wie
631 Klimaanlage. Wir wollen sie dabei mit einem Programm "Kühlende Kultur" unterstützen, damit
632 die Kultur bei Hitze kostenfreie Orte zur Verfügung stellen kann.

633 Mit der Baurechtsnovelle des Bundes von 2026 werden Musikclubs erstmals konkret im Baurecht
634 als Kulturorte verankert. Das ist ein Erfolg, aber noch keine Gleichstellung: Clubs bleiben
635 eine eigene Kategorie neben klassischen "Anlagen für kulturelle Zwecke" wie Theatern oder
636 Opern, und ohne eine Modernisierung der Lärmschutzregeln (TA Lärm) bleibt der neue
637 Rechtsstatus für viele Clubs wirkungslos. Wir setzen uns dafür ein, dass NRW diese Reform
638 zügig und in voller Konsequenz umsetzt und sich für eine echte Gleichstellung sowie eine
639 überfällige TA-Lärm-Reform stark macht.

640 Über die Clubs hinaus schaffen wir Freiräume für Kultur insgesamt: Wir erleichtern Kommunen
641 die kulturelle Zwischennutzung leerstehender Gebäude, fördern gemeinsam nutzbare
642 Produktionsräume nach dem Vorbild des Werkkunsthauses NRW und öffnen Landesgebäude und -
643 flächen für kulturelle Projekte.

644 Im ländlichen Raum geht es zugleich darum, kulturelle Orte und Angebote in erreichbarer Nähe
645 zu erhalten und neu entstehen zu lassen. Mit dem Landesprogramm „Dritte Orte“ haben wir
646 Kultur und Begegnung im ländlichen Raum gezielt gestärkt. Darauf bauen wir auf: Wir wollen
647 erfolgreiche „Dritte Orte“ langfristig sichern, ihre Vernetzung stärken und insbesondere
648 dort neue kulturelle Treffpunkte ermöglichen, wo kulturelle Angebote bislang fehlen oder nur
649 schwer erreichbar sind. Dabei unterstützen wir Orte, die unterschiedliche Nutzungen
650 verbinden und gemeinsam mit den Menschen vor Ort entwickelt werden. Denn gerade dort, wo
651 Wege weiter und kulturelle Angebote weniger dicht sind, sind Kulturorte wichtige Treffpunkte
652 für Kultur, Austausch und gesellschaftliches Miteinander. Auch den von uns eingeführten
653 Kultur-Scheck wollen wir weiterentwickeln und stärker dafür nutzen, kulturelle Teilhabe
654 unabhängig von Einkommen und Wohnort zu ermöglichen.

655 Kultur resilient machen – Kunstfreiheit verteidigen

656 Kunst und Kultur sind Räume der Freiheit, der Auseinandersetzung und der gesellschaftlichen
657 Verständigung. Gerade deshalb geraten Künstler*innen und Kulturinstitutionen zunehmend ins
658 Visier rechter und rechtsextremer Kulturkämpfe: Veranstaltungen werden gezielt gestört,
659 Einrichtungen unter Druck gesetzt, Künstler*innen bedroht und die Förderung missliebiger
660 Kunst und Kultur politisch infrage gestellt. Dem stellen wir uns entgegen.

661 Wir wollen die Kultur in NRW widerstandsfähiger gegen solche Angriffe machen und
662 Kulturschaffende und Einrichtungen dabei unterstützen, mit Bedrohungen,
663 Einschüchterungsversuchen und gezielten Kampagnen umzugehen. Dafür stärken wir die Beratung,
664 Vernetzung und den Wissenstransfer und unterstützen Kulturinstitutionen dabei, Schutz- und
665 Handlungskonzepte zu entwickeln. Wo die öffentliche Kulturförderung unter politischen Druck
666 gerät, stehen wir für verlässliche Strukturen und transparente, fachliche Entscheidungen.
667 Denn die Freiheit der Kunst gilt gerade dann, wenn sie provoziert, widerspricht und
668 gesellschaftliche Konflikte sichtbar macht.

669 Freie Szene stärken – Bürokratie abbauen

670 Die Freie Szene ist ein unverzichtbarer Bestandteil der vielfältigen und lebendigen
671 Kulturlandschaft NRWs. Wir wollen ihre künstlerische Arbeit und ihre besonderen
672 Arbeitsstrukturen verlässlich stärken und weiterentwickeln. Dazu sollen die Mindesthonorare
673 für Künstler*innen weiterhin bestärkt, regelmäßig angepasst und bei der Ausgestaltung der
674 Fördermittel angemessen berücksichtigt werden, damit steigende Kosten nicht zu Lasten des
675 Umfangs und der Vielfalt künstlerischer Arbeit gehen. Gleichzeitig wollen wir bürokratische
676 Hürden bei Antragstellungen und Verwendungsnachweisen abbauen und das
677 Verwendungsnachweisrecht vereinfachen, damit mehr Zeit und Ressourcen für die eigentliche
678 künstlerische Arbeit zur Verfügung stehen. Mehrjährige Förderungen sollen weiterhin
679 ermöglicht und ausgebaut werden, um Festivals, künstlerischen Produktionen und Projekten
680 verlässliche Arbeits- und Planungsperspektiven zu geben. Auch neue Formate und innovative
681 Ansätze in allen Kultursparten sollen gute und passgenaue Förderbedingungen erhalten. So
682 stärken wir die Freie Szene als Ort für künstlerische Innovation, gesellschaftlichen
683 Austausch und kulturelle Teilhabe und sichern NRW auch in Zukunft als „place to be“ für
684 Kulturschaffende.

685 Kulturelle Bildung stärken

686 NRW ist Vorreiter in der kulturellen Bildung. Diesen Anspruch wollen wir weiterentwickeln
687 und kulturelle Teilhabe für Menschen aller Generationen ermöglichen und stärken. Kulturelle
688 Bildung darf sich dabei nicht auf die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen beschränken,
689 sondern muss Menschen in unterschiedlichen Lebensphasen und mit unterschiedlichen
690 Voraussetzungen erreichen. Viele Künstler*innen kommen als Quereinsteiger*innen in das Feld

der kulturellen Bildung. Wir wollen deshalb Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote stärken, bündeln und besser miteinander vernetzen – auch in Kooperation mit Hochschulen und bestehenden Studiengängen, etwa an der Hochschule Niederrhein. Kulturelle Bildung braucht Austausch, fachliche Qualifizierung und kontinuierliche Weiterentwicklung. Deshalb wollen wir Forschung und Praxis stärker zusammenbringen und langfristig ein verlässliches Qualifizierungsangebot für Künstlerinnen und Künstler sowie Mitarbeitende von Kultureinrichtungen schaffen. So stärken wir die Qualität kultureller Bildungsarbeit und schaffen nachhaltige Perspektiven für alle, die kulturelle Bildung gestalten.

Kultur zukunftsfähig gestalten

Kulturelle Arbeit leistet einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen und vielfältigen Gesellschaft. Wir wollen Kultureinrichtungen, Künstlerinnen und Künstlern und die Freie Szene dabei unterstützen, Nachhaltigkeit ganzheitlich zu denken und umzusetzen – von einer ressourcenschonenden technischen Ausstattung und nachhaltigem Bühnen- und Veranstaltungsequipment bis hin zu nachhaltigen Produktionsweisen und der Wiederaufnahme erfolgreicher künstlerischer Arbeiten.

Wiederaufnahmen und die Weiterentwicklung bestehender Programme sollen gezielt unterstützt werden, um kulturelle Inhalte langfristig nutzbar und zugänglich zu machen. Kultur ist zugleich ein wichtiges Sprachrohr in die Gesellschaft und kann neue Perspektiven auf die Herausforderungen unserer Zeit eröffnen.

Viele Kultureinrichtungen befinden sich bereits in Transformationsprozessen, die Publikum, Personal und Programme gleichermaßen betreffen. Wir wollen diese Entwicklungen weiter unterstützen und insbesondere neue künstlerische Perspektiven und Formen der Zusammenarbeit fördern. Dabei gilt es, die Vielfalt unserer Gesellschaft stärker in den Kulturinstitutionen abzubilden und insbesondere migrantische Perspektiven und Biografien sichtbar zu machen. Kooperationen zwischen Künstlerinnen und Künstlern, migrantisch geprägten Initiativen, der Freien Szene und etablierten Kulturinstitutionen wollen wir deshalb stärken und zu einem selbstverständlichen Bestandteil einer zukunftsfähigen Kulturpolitik machen.

Für guten Journalismus in NRW

In Zeiten von Desinformation und gezielten Angriffen auf unsere Demokratie brauchen wir verlässliche Informationsquellen, eine vielfältige Medienlandschaft und unabhängigen, kritischen Journalismus. Wir stärken deshalb weiterhin Medienvielfalt und guten Journalismus in NRW – vom Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) über Lokal- und Hochschulradios bis zu vielfältigen journalistischen Angeboten.

Die Presse steht aktuell unter starkem Druck, da Werbeeinnahmen an ausländische Monopol-Unternehmen abfließen. Die Einführung der KI-Zusammenfassungen reduzieren die Einnahmen der Verleger weiter und gefährden die Medienvielfalt. Wir stehen an der Seite der Presseverlage und setzen uns für eine starke Durchsetzung von europäischem Wettbewerbsrecht zum Schutz der freien Medien ein.

Freier Journalismus braucht Journalist*innen, die ohne Angst vor Gewalt, Bedrohung und Einschüchterung arbeiten können. Wir wollen Medienschaffende besser vor Angriffen und Hetzkampagnen schützen – bei ihrer Arbeit vor Ort ebenso wie im Netz – und dafür sorgen, dass Straftaten gegen sie konsequent verfolgt werden.

Wir unterstützen weiterhin den Reformkurs im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, damit er auch in Zukunft unabhängig, leistungsfähig und breit akzeptiert bleibt und Vertrauen zurückgewonnen wird. Dabei darf die Reform nicht zu einem Verlust journalistischer, kultureller und gesellschaftlicher Vielfalt führen. Mit COSMO endet 2027 ein Programm, das

737 über viele Jahre die kulturelle und sprachliche Vielfalt unserer Einwanderungsgesellschaft
738 in besonderer Weise sichtbar und hörbar gemacht hat. Die Vielfalt unserer
739 Einwanderungsgesellschaft lässt sich weder auf einzelne Altersgruppen und Lebensstile noch
740 auf einzelne Musikgenres reduzieren. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass der öffentlich-
741 rechtliche Rundfunk auch künftig ein starkes interkulturelles Angebot schafft, das
742 unterschiedliche Generationen und Lebensrealitäten erreicht, mehrsprachige Inhalte und
743 internationale Musikkultur ins Zentrum setzt und an die Stärken von COSMO anknüpft.

744 Regionale Berichterstattung, Kultur- und Wissensformate und mehrsprachige Angebote müssen
745 verlässlich erhalten bleiben. Wir unterstützen das Konzept der Staatsferne vollumfänglich.
746 Staatsferne ist eine essentielle Voraussetzung für eine um Objektivität bemühte
747 Berichterstattung und eine unabhängige Meinungsbildung in den Redaktionen. Politische
748 Akteure dürfen keinen Einfluss auf Programmgestaltung und personelle Entscheidungen haben,
749 um dieses wertvolle Gut nicht zu untergraben. Sollten in anderen Bundesländern die
750 Staatsverträge zum ÖRR gekündigt werden, setzen wir uns aus NRW heraus mit unserer ganzen
751 Kraft dafür ein, dass das System ÖRR erhalten bleibt.

752 Wir werden weiterhin dafür werben, dass der WDR mit seinen Formaten die Breite der
753 Bevölkerung erreichen kann. Dazu gehört eine Stärkung von inklusiven und mehrsprachigen
754 Angeboten, damit auch Menschen mit Behinderungen und Menschen mit geringen
755 Deutschkenntnissen gleichermaßen erreicht werden, sowie eine Stärkung der Online- und
756 Social-Media-Formate. Dabei ist es uns wichtig, dass lineare Angebote nicht eins zu eins
757 übertragen, sondern zielgruppenadressiert aufbereitet und veröffentlicht werden.

758 Auch beim Lokaljournalismus steht die Maßgabe der Staatsferne an erster Stelle unseres
759 politischen Handelns. Wir unterstützen die Landesmedienanstalt bei der Lösungsfindung diesen
760 zu stärken und begleiten dies mit gesetzgeberischen Maßnahmen.

761 Gemeinnütziger Journalismus muss endlich rechtssicher gemacht werden. Wir setzen uns für
762 eine gesetzliche Verankerung der Journalismusförderung als gemeinnützigen Zweck in der
763 Abgabenordnung ein, statt auf einen jederzeit widerruflichen Erlass zu vertrauen. Nur eine
764 gesetzliche Lösung gibt Bürger*innenmedienvereinen, Redaktionsnetzwerken und Non-Profit-
765 Newsrooms die Planungssicherheit, um sich über Spenden und Stiftungsgelder zu finanzieren.

766 Medienkompetenz steigern – gegen Desinformation und KI-Fälschungen

767 Soziale Medien sind einer der wichtigsten Kanäle für Unterhaltung und Quelle für
768 Informationen. Doch es wimmelt dort vor Fake News und zunehmend auch vor unmarkierten KI-
769 Inhalten. Bilder, Videos und Stimmen lassen sich mithilfe von Künstlicher Intelligenz
770 innerhalb von Sekunden erzeugen und sind mittlerweile kaum noch von echten Aufnahmen zu
771 unterscheiden. Das birgt extreme Risiken, denn Falschmeldungen können nur noch schwer
772 erkannt und entkräftet werden. Wir bauen Angebote aus, die Schüler*innen und Bürger*innen
773 befähigen, das Geschäftsmodell, die Algorithmen und die Suchtmechanismen von Social Media zu
774 verstehen. Wir unterstützen landesweit den Kampf gegen Desinformation und setzen unseren
775 Schwerpunkt auf die Förderung von Medienkompetenz. Auch außerhalb der Ballungsräume
776 unterstützen, vernetzen wir kleinere, eigenständige Initiativen unter einem Dach und erhöhen
777 ihre Sichtbarkeit und Wirkkraft.

778 Illegale demokratiefeindliche und hetzerische Inhalte aus dem In- und Ausland bekämpfen wir,
779 indem wir den Aufsichtsbehörden mehr Kompetenzen zusprechen, das Recht auf Gegendarstellung
780 ausweiten und für konsequente Strafverfolgung sorgen.

781 Extremistische Gruppierungen, ob politischer oder religiöser Natur, nutzen die Sozialen
782 Medien verstärkt, um Kinder und Jugendliche anzusprechen und für ihre Sache zu rekrutieren.

783 Wir fördern den weiteren Ausbau von Präventions- und Aussteigerangeboten, um Kinder und
784 Jugendliche zu schützen und mögliche Straftaten abzuwenden.

785 Kreativwirtschaft als Wachstumsmotor

786 Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land der Kultur- und Kreativwirtschaft. Film, Games und
787 Medien, Livemusik und Popkultur, Galerien und Buchhandlungen und andere Sparten der
788 Kreativwirtschaft stehen für die kulturelle Vielfalt unseres Landes, schaffen Arbeitsplätze
789 und Wertschöpfung und machen Kunst und Kultur sichtbar und zugänglich.

790 Erfolgreiche Strukturen wie das Mediennetzwerk NRW, die Film- und Medienstiftung NRW, die
791 Internationale Filmschule Köln, das Mediengründerzentrum NRW und das GamesLab Cologne wollen
792 wir erhalten, weiterentwickeln und stärker miteinander sowie mit Hochschulen vernetzen.
793 Zugleich stärken wir den Austausch mit Verbänden, Netzwerken und Branchenakteur*innen der
794 Kultur- und Kreativwirtschaft, um gemeinsame Herausforderungen frühzeitig zu erkennen und
795 Lösungen zu entwickeln.

796 Den Wandel durch Künstliche Intelligenz wollen wir gemeinsam mit den Kreativschaffenden
797 gestalten. Sie brauchen beim Einsatz von KI Orientierung und verlässliche Rahmenbedingungen.
798 Wir setzen uns dafür ein, ihre Rechte zu schützen und eine faire Vergütung kreativer
799 Leistungen auch im digitalen Wandel zu sichern.

800 Sport für alle in der Nachbarschaft

801 Sport verbindet Menschen über Generationen, Herkunft und soziale Unterschiede hinweg. Er
802 hält gesund, schafft Gemeinschaft und vermittelt Fairness, Respekt und Teamgeist. Für uns
803 ist deshalb klar: Alle Menschen in NRW sollen die Möglichkeit haben, Sport zu treiben und
804 sich zu bewegen – unabhängig von Einkommen, Alter, Geschlecht, Herkunft, Behinderung oder
805 Vereinsmitgliedschaft.

806 Dabei verändert sich, wie Menschen Sport treiben. Millionen Menschen sind in Vereinen aktiv,
807 gleichzeitig findet immer mehr Bewegung selbstorganisiert statt. Unsere Sportpolitik nimmt
808 beides in den Blick: Wir stärken den organisierten Sport und schaffen zugleich bessere
809 Bedingungen für Bewegung im Alltag. Mit dem Landessportbund NRW, den Sportbünden und den
810 Sportverbänden haben wir starke Partner, mit denen wir die Sportlandschaft in NRW gemeinsam
811 weiterentwickeln wollen.

812 Bewegung darf keine Frage des Wohnorts oder des Geldbeutels sein. Wir wollen, dass Menschen
813 in NRW überall gute und niedrigschwellige Möglichkeiten finden, sich zu bewegen – im Verein
814 ebenso wie selbstorganisiert in der Nachbarschaft.

815 Deshalb wollen wir Bewegungs- und Sportflächen stärker in der Landesplanung und
816 Städtebauförderung verankern. Frei zugängliche und vielseitig nutzbare Bewegungsräume
817 fördern Gesundheit und Begegnung und machen unsere Quartiere lebenswerter. Die
818 Förderinstrumente des Landes wollen wir stärker für solche Sport- und Bewegungsräume
819 jenseits klassischer Sportstätten öffnen.

820 Sport und Bewegung leisten zugleich einen wichtigen Beitrag zur gesundheitlichen Prävention.
821 Diesen Gedanken wollen wir stärker in der Sportförderung des Landes verankern und dabei
822 insbesondere Kinder und Jugendliche sowie ältere Menschen in den Blick nehmen.

823 Sport und Bewegung sind Querschnittsaufgaben, die von Gesundheit und Bildung über
824 Stadtentwicklung bis zu Integration und Inklusion reichen. Deshalb wollen wir einen
825 regelmäßigen ressortübergreifenden Dialog zwischen Landespolitik, organisiertem und
826 selbstorganisiertem Sport, Kommunen, Wissenschaft und weiteren gesellschaftlichen

827 Akteur*innen etablieren. In einem Zukunftsforum Sport wollen wir gemeinsam Ziele für die
828 Sport- und Bewegungsförderung in NRW entwickeln und ihre Umsetzung regelmäßig überprüfen.

829 Vereine, Fankultur und Ehrenamt stärken, Sportförderung verlässlich und inklusiv gestalten

830 Sport ist Teil unserer demokratischen Gesellschaft. Er verbindet Menschen und stärkt den
831 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir stellen uns deshalb Rassismus, Antisemitismus,
832 Sexismus, Queerfeindlichkeit und jeder anderen Form der Menschenfeindlichkeit im Sport
833 entgegen. Vereine, Verbände, Fanprojekte und Fans, die sich für Vielfalt und Demokratie
834 engagieren, haben unsere Unterstützung.

835 Gerade im Fußball setzen wir auf Dialog und Prävention. Regelmäßige Dialogformate zwischen
836 Fans, Vereinen, Verbänden, Fanprojekten, Polizei und Ordnungsbehörden wollen wir fortführen
837 und ausbauen und die organisierte Fanszene als Teil der Zivilgesellschaft einbeziehen.
838 Fanprojekte wollen wir stärken und ihre unabhängige sozialpädagogische Arbeit schützen.

839 Unverhältnismäßige Überwachung lehnen wir ab. Verpflichtend personalisierte Tickets,
840 biometrische oder KI-gestützte Massenüberwachung sind für uns nicht der richtige Weg zu mehr
841 Sicherheit im Stadion. Stadionverbote sollen das letzte Mittel bleiben. Stattdessen bauen
842 wir Fanprojekte aus, stärken ihre Unabhängigkeit durch ein Zeugnisverweigerungsrecht für
843 Sozialarbeiter*innen und setzen auf den Dialog mit Fans, Vereinen und Verbänden. Unsere
844 Sportvereine und -verbände sind eine tragende Säule des Sports und unserer
845 Zivilgesellschaft. Trainer*innen, Übungsleiter*innen, Schiedsrichter*innen und
846 Vereinsverantwortliche ermöglichen mit ihrem überwiegend ehrenamtlichen Engagement jeden Tag
847 Sport für Millionen Menschen. Dieses Engagement wollen wir stärken und von unnötiger
848 Bürokratie entlasten.

849 Besonders junge Menschen wollen wir dafür gewinnen, Verantwortung im Sport zu übernehmen.
850 Gemeinsam mit dem organisierten Sport und seinen Bildungswerken wollen wir Qualifizierung
851 und Weiterbildung stärken und gute Bedingungen für ehrenamtliches Engagement schaffen.

852 Gleichzeitig muss die Sportförderung der Vielfalt unserer Gesellschaft gerecht werden. Wir
853 fördern deshalb weiterhin Angebote, die Sport unabhängig von Behinderung, Herkunft oder
854 Einkommen für die Breite der Gesellschaft zugänglich machen. Wer Sport treibt, muss zudem
855 vor physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt sowie vor Machtmissbrauch geschützt
856 sein. Wir stärken unabhängige Strukturen für Safe Sport und entwickeln verbindliche
857 Standards für Prävention, Intervention und Aufarbeitung weiter. Schutzkonzepte und Good
858 Governance sollen dort, wo das Land Sport strukturell fördert, selbstverständlich sein.

859 Schwimmen können muss für jedes Kind selbstverständlich sein

860 Schwimmen zu können, kann Leben retten und eröffnet Teilhabe an Sport und Freizeit. Unser
861 Ziel ist deshalb klar: Jedes Kind soll bis zum Ende der Grundschulzeit sicher schwimmen
862 können.

863 Dafür wollen wir den Schwimmunterricht, die Bäderinfrastruktur und die Angebote von Vereinen
864 und Rettungsorganisationen zusammendenken. Wir stärken den Schwimmunterricht an Schulen und
865 bauen den Einsatz von Schwimmassistenten weiter aus, die Lehrkräfte im Wasser unterstützen
866 und so mehr Kindern einen qualifizierten Schwimmunterricht ermöglichen. Darüber hinaus
867 stärken wir die Zusammenarbeit mit dem DLRG.

868 Gleichzeitig braucht es auch Wasserflächen. Wir unterstützen die Kommunen dabei, Freibäder,
869 Hallenbäder und Lehrschwimmbecken zu erhalten und zu modernisieren, damit Schwimmenlernen
870 und Schwimmsport überall in NRW möglich bleibt. In der vergangenen Legislatur haben wir die
871 rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Kommunen geeignete Bereiche an

872 natürlichen Gewässern leichter zum Baden freigeben können. Damit haben wir mehr
873 Möglichkeiten für nicht kommerzielles Baden geschaffen und zugleich die Eigenverantwortung
874 der Badenden gestärkt. Darauf bauen wir auf: Wir wollen Kommunen bei der Umsetzung
875 unterstützen und Menschen noch besser befähigen, Gefahren durch Strömung, Wasserqualität und
876 andere Risiken selbst einzuschätzen. Wir entwickeln Konzepte, damit innovative Angebote wie
877 Badeschiffe oder Pop-Up-Freibäder von Kommunen umgesetzt werden können. Kommunen wollen wir
878 intensiv dabei unterstützen geeignete Schwimmtrainer*innen, Schwimmassistenzen sowie
879 Lehrschwimmbecken vorzuhalten, damit jedes Kind die Möglichkeit erhält, schwimmen zu lernen.
880 Für die Kleinsten schaffen wir mehr Wasserspielplätze, die im Sommer Abkühlung und Bewegung
881 verbinden.

882 Sportstätten fit machen für Klimawandel und Energiewende

883 Der Sanierungsstau bei Sportanlagen in NRW ist groß. Hitze, Starkregen und andere
884 Extremwetterereignisse stellen zusätzliche Anforderungen an ihre Bausubstanz und ganzjährige
885 Nutzbarkeit. Mit den Investitionen der vergangenen Jahre haben wir begonnen, den
886 Sanierungsstau anzugehen. Diesen Weg wollen wir zu einer langfristigen und verlässlichen
887 Investitionsstrategie weiterentwickeln, die Sportanlagen in NRW gezielt gegen solche
888 Wetterextreme wappnet.

889 Mit der "NRW-Sport Milliarde" haben wir das größte Investitionsprogramm für Sportstätten in
890 der Geschichte unseres Landes auf den Weg gebracht. Diese Investitionen wollen wir gezielt
891 nutzen, um den Sanierungsstau bei Sportstätten und Schwimmbädern abzubauen. Dabei gilt für
892 uns: Sanierung und Instandhaltung vor Neubau, und die Folgekosten des laufenden Betriebs
893 müssen von Anfang an mitgedacht werden. Wir wollen Förder- und Genehmigungsverfahren
894 einfacher und schneller machen und bei Sanierung und Neubau stärker auf serielle und
895 modulare Bauweisen setzen, wo diese Kosten und Bauzeiten reduzieren können. Die Belastung
896 vieler Kunstrasenplätze ist in den letzten Jahren enorm gestiegen. Wir bewerten ihre
897 Langlebigkeit neu und setzen auf plastikfreie Alternativen. Klimaanpassung und
898 Energieeffizienz werden fester Bestandteil jeder Sanierungs- und Neubaumaßnahme: Begrünung
899 und Verschattung von Sportflächen reduzieren Wärmeinseln und schützen die Gesundheit der
900 Nutzer*innen, energieeffiziente Sportstätten senken Betriebskosten und Emissionen zugleich.
901 Bundes- und Landesförderprogramme verzahnen wir dafür besser miteinander, damit Kommunen
902 nicht zwischen Fördertöpfen verloren gehen.

903 Nachhaltige Sportgroßveranstaltungen – Impulse für den Sport verantwortungsvoll nutzen

904 Sportgroßveranstaltungen können Menschen begeistern, internationale Begegnung ermöglichen
905 und dem Breiten- und Spitzensport neue Impulse geben. Unser Anspruch ist, dass ihr Nutzen
906 über wenige Wochen hinausreicht.

907 Mit der Bewerbung KölnRheinRuhr um Olympische und Paralympische Spiele hat NRW gezeigt,
908 welches Potenzial in unserer vielfältigen Sportlandschaft und in der vorhandenen
909 Infrastruktur steckt. Auch wenn sich der DOSB für München als deutschen Bewerber entschieden
910 hat, wollen wir die durch die Bewerbung entstandenen Impulse für NRW nutzen. Investitionen
911 in moderne und barrierefreie Sportstätten, eine leistungsfähige Infrastruktur sowie die
912 Förderung des Breiten-, Para-, Nachwuchs- und Spitzensports bleiben unabhängig von einer
913 Olympiabewerbung wichtige Aufgaben.

914 NRW soll auch künftig Gastgeber großer nationaler und internationaler Sportveranstaltungen
915 sein. Dabei setzen wir auf bestehende und ohnehin benötigte Infrastruktur statt auf teure
916 Neubauten und wollen sicherstellen, dass Investitionen dauerhaft dem Sport und den Menschen
917 vor Ort zugutekommen. Kommunen dürfen durch die Ausrichtung von Sportgroßveranstaltungen
918 nicht mit langfristigen finanziellen Belastungen allein gelassen werden.

919 Für vom Land geförderte Sportgroßveranstaltungen wollen wir verbindliche
920 Nachhaltigkeitsstandards weiterentwickeln. Dabei orientieren wir uns an den
921 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen und berücksichtigen ökologische, soziale und
922 wirtschaftliche Auswirkungen gleichermaßen. Barrierefreiheit und die Belange des Parasports
923 denken wir dabei von Anfang an mit.

924 E-Sport unterstützen

925 Auch Gaming-Kultur und E-Sport sind Teil des gesellschaftlichen Lebens. Wir fördern
926 gemeinsame Projekte von E-Sport und klassischem Sport sowie Maßnahmen gegen Diskriminierung
927 und für Vielfalt. Wir unterstützen E-Sport NRW bei der ehrenamtlichen Trainerausbildung in
928 Vereinen und ermöglichen damit Kindern und Jugendlichen den gesunden Umgang mit E-Sports.
929 Die bereits von uns über eine Bundesratsinitiative angestoßene Forderung nach der
930 Gemeinnützigkeit von E-Sport in Vereinen, werden wir weiter stärken.

931 Wir engagieren uns für Europa und die Welt

932 Die Europäische Union und die europäische Zusammenarbeit sind ein Garant für Frieden,
933 Freiheit und Wohlstand. Unser Bundesland im Herzen Europas profitiert enorm von der
934 europäischen Integration und trägt Verantwortung dafür, sie zu verteidigen und
935 weiterzuentwickeln. Diese Verantwortung endet für uns nicht an Europas Grenzen. Wir stehen
936 für internationale Zusammenarbeit, die Stärke des Rechts und den Schutz der Menschenrechte –
937 und für eine Welt, in der Konflikte friedlich gelöst werden.

938 Wir stehen an der Seite der Menschen, die in der Ukraine, im Sudan, im Nahen Osten und in
939 den vielen weiteren Krisen- und Konfliktregionen der Welt unter Krieg, Gewalt und
940 Vertreibung leiden. Wir unterstützen Menschen, die gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen
941 und Schutz zu suchen. Im Rahmen unserer Möglichkeiten leisten wir einen Beitrag zu
942 Wiederaufbau und neuen Perspektiven vor Ort.

943 Die Terrorangriffe vom 7. Oktober 2023, geführt von der islamistischen Hamas und ihre Folgen
944 haben den Konflikt im Nahen Osten in eine neue Dimension der Gewalt geführt. Unser Kompass
945 sind Menschenrechte und Völkerrecht: Die Verbrechen der Terrororganisation Hamas, ihre
946 Repression gegenüber der eigenen Bevölkerung, mögliche Kriegsverbrechen der Netanjahu-
947 Regierung im Gazastreifen und die völkerrechtswidrige Siedlungspolitik im Westjordanland
948 müssen konsequent aufgearbeitet und geahndet werden. Für uns gehören das Existenzrecht und
949 die Sicherheit Israels ebenso wie das Recht der Palästinenser*innen auf Selbstbestimmung
950 zusammen. Wir setzen uns für eine Zukunft ein, in der Israelis und Palästinenser*innen in
951 Frieden, Sicherheit und Selbstbestimmung in zwei souveränen, demokratischen und
952 lebensfähigen Staaten leben können.

953 Europa als unser Zuhause verteidigen und weiterdenken

954 Wir wollen Europa verteidigen und gleichzeitig weiterentwickeln. Wir setzen auf enge
955 Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern, gerade angesichts des russischen
956 Angriffskriegs gegen die Ukraine. Langfristig streben wir die Schaffung einer europäischen
957 föderalen Republik an: ein Europa, das als handlungsfähige Demokratie auftritt, statt an
958 nationalen Vetos zu scheitern.

959 Wir verteidigen unsere europäischen Werte: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und
960 Menschenrechte sind für uns nicht verhandelbar. Wir setzen uns für eine konsequente
961 Anwendung des Rechtsstaatsmechanismus auf EU-Ebene ein und erwarten von unseren Partnern ein
962 klares Bekenntnis zu diesen Werten. Wie ernst es um diese Werte steht, zeigt sich besonders
963 an Europas Ostgrenze: Wir stehen fest an der Seite der Ukraine und der Menschen in der
964 Ukraine. Wir wollen den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Ukraine aktiv mitgestalten und

965 bauen dafür auf die Stärken unseres Bundeslandes: starken Maschinenbau, eine leistungsfähige
966 IT-Branche, Erfahrung im Strukturwandel und Innovationskraft in Energiewende, Raumfahrt und
967 Verteidigung. Wiederaufbau-Partnerschaften zwischen nordrhein-westfälischen Unternehmen,
968 Kommunen und Institutionen und ihren ukrainischen Partnern wollen wir in den Bereichen
969 Energie, Infrastruktur, Digitalisierung und Landwirtschaft ausbauen und so den Wiederaufbau
970 der Ukraine als modernes, nachhaltiges und digitales Land unterstützen. Wir bauen außerdem
971 die nordrhein-westfälische Regionalpartnerschaft mit der Oblast Dnipropetrowsk weiter aus.
972 Für uns ist klar: Nachhaltige Solidarität mit der Ukraine braucht ein geschlossenes
973 europäisches Vorgehen, mit härteren Sanktionen gegen Russland und der Nutzung eingefrorener
974 russischer Staatsvermögen für den Wiederaufbau.

975 Europa muss seine Sicherheit stärker selbst gewährleisten können. Deshalb wollen wir
976 europäische Fähigkeiten bei Verteidigung, Cyberabwehr und strategischen
977 Schlüsseltechnologien gemeinsam ausbauen und Beschaffung, Entwicklung und Produktion stärker
978 europäisch koordinieren. NRW kann mit seiner Industrie und Forschungslandschaft einen
979 wichtigen Beitrag zu Europas Sicherheit und strategischer Handlungsfähigkeit leisten.

980 Auch bei zentralen globalen Herausforderungen wie dem fortschreitenden Klimawandel, zählen
981 wir auf europäische Zusammenarbeit und bringen uns dafür verstärkt in die internationale
982 „Under2 Coalition“ ein, die mit regionalen Maßnahmen die Erderwärmung auf unter 2 Grad
983 Celsius begrenzen will. Wir treten entschieden gegen die Abschwächung von Klima-, Umwelt-,
984 Natur- und Menschenrechtsstandards ein und setzen uns dafür ein, dass Europas Ziel, bis 2050
985 klimaneutral zu sein, ambitioniert verfolgt und tatsächlich erreicht wird. Wir stehen für
986 einen Green Deal, der ökologische Transformation und soziale Gerechtigkeit zusammen denkt,
987 statt sie gegeneinander auszuspielen. Nur wer auf Erneuerbare Energien und schonenden
988 Ressourcenverbrauch statt auf Kosten von Klima und Natur setzt, sichert sich die
989 wirtschaftlichen Zukunftsmärkte von morgen – deshalb muss Europa hier vorangehen, statt
990 anderen das Feld zu überlassen. Als industriestarkes Herzstück Europas will NRW dabei zur
991 ersten klimaneutralen Industrieregion werden, mit gezielter Unterstützung für die
992 Stahlindustrie beim Einstieg in Wasserstoff, die Chemieindustrie bei klimaneutralen
993 Produktionsverfahren und die Energiewirtschaft beim Umbau von Kohle auf Erneuerbare. Wir
994 setzen uns für den Aus- und Umbau einer grenzüberschreitenden Energieinfrastruktur ein und
995 arbeiten dafür eng mit unseren Nachbarn, den Niederlanden und Belgien zusammen.

996 Als Industrieland und Exportstandort profitiert NRW besonders vom freien Verkehr von Waren,
997 Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften in Europa. Ein starker Binnenmarkt sichert
998 Absatzmärkte, grenzüberschreitende Wertschöpfung und Arbeitsplätze bei uns im Land. Das
999 zeigt sich besonders in unseren Grenzregionen zu Belgien und den Niederlanden. Wir setzen
1000 uns für offene Grenzen im Schengen-Raum ein und verteidigen den starken europäischen
1001 Binnenmarkt. Dauerhafte anlasslose Grenzkontrollen belasten Pendler*innen, Familien und
1002 Unternehmen. Deshalb wollen wir grenzüberschreitende Hürden weiter abbauen und die
1003 Zusammenarbeit mit unseren Nachbarregionen vertiefen. Den grenzüberschreitenden öffentlichen
1004 Nahverkehr wollen wir grenzüberschreitend im Sinne des Deutschlandtickets zum Europaticket
1005 weiterentwickeln.

1006 Ein starkes Europa muss auch digital souverän sein. Wir wollen Abhängigkeiten bei kritischer
1007 digitaler Infrastruktur reduzieren und europäische Kompetenzen bei Halbleitern, Cloud,
1008 Künstlicher Intelligenz und Open Source stärken. Mit seiner starken Forschungslandschaft und
1009 seiner Industrie soll NRW ein Ankerstandort dieser europäischen Technologie sein.

1010 Europa erlebbar machen

1011 Europa muss in NRW erlebbar sein. Die von uns initiierten Europa-Schecks, die ein
1012 niedrigschwelliges zivilgesellschaftliches Europa-Engagement fördern, führen wir deshalb

1013 fort. Die EU-Programme "Erasmus+" und "Horizon Europe" wollen wir weiterhin so umsetzen,
1014 dass sie möglichst viele Menschen erreichen. Auch die Grundlagenforschung profitiert von
1015 europäischer Zusammenarbeit über Grenzen hinweg: Wir setzen uns weiterhin auf allen
1016 politischen Ebenen für den Bau des Einstein-Teleskops im Dreiländereck
1017 Aachen–Lüttich–Maastricht ein und stellen finanzielle Mittel bereit.

1018 Faire globale Lieferketten und starke internationale Partnerschaften

1019 Wir setzen uns für einen fairen globalen Handel und die Einhaltung von Umweltschutz und
1020 Menschenrechten entlang globaler Lieferketten ein, treten für die Umsetzung der Agenda 2030
1021 ein und treiben die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes NRW voran – unterstützt durch
1022 gezielte Kampagnen für fairen Handel.

1023 Getragen wird diese Politik von einer lebendigen Zivilgesellschaft: Viele Menschen in NRW
1024 engagieren sich ehrenamtlich für den globalen Süden, bauen gemeinsam mit Partner*innen dort
1025 Projekte auf, und immer mehr Verbraucher*innen kaufen fair gehandelte Produkte. Wir fördern
1026 diese Aktivitäten und die zivilgesellschaftliche internationale Zusammenarbeit.

1027 Auch unsere Kommunen tragen diese globale Verantwortung mit: Viele Städte und Gemeinden in
1028 NRW haben enge Beziehungen zu ihren Partnerregionen weltweit und führen gemeinsame Projekte
1029 durch, auch in der kommunalen Entwicklungspolitik. Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen ein
1030 Konzept entwickeln, das die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele, Menschenrechte und fairen
1031 Handel zu zentralen Aspekten bestehender und künftiger Städtepartnerschaften macht.
1032 Kommunale Klimapartnerschaften sollen dabei eine tragende Rolle spielen. Klimaanpassung in
1033 den Partnerregionen selbst ist dabei ein zentrales Handlungsfeld dieser Partnerschaften.
1034 Damit Kommunen beim Aufbau einer Klimapartnerschaft nicht allein gelassen werden, nutzen wir
1035 die Beratungs- und Vernetzungsstrukturen von "NRW.Energy4Climate" und stärken den Austausch
1036 mit internationalen Partnerkommunen.

1037 NRW: internationaler Standort für Menschenrechte und Zusammenarbeit

1038 Bonn wird neuer zentraler Standort des UN-Entwicklungsprogramms UNDP, der zweitgrößten UN-
1039 Organisation weltweit. Diesen Erfolg wollen wir sichtbar machen, weitere Ansiedlungen
1040 vorantreiben und uns für den Erhalt des Bonn-Berlin-Gesetzes stark machen. Dazu unterstützen
1041 wir den Abschluss einer Zusatzvereinbarung zum Bonn-Berlin-Gesetz zwischen der Region Bonn,
1042 dem Bund sowie den Ländern NRW und Rheinland-Pfalz und bringen uns aktiv in die
1043 Verhandlungen ein.

1044 Diese Rolle als internationaler Standort verpflichtet: Wir leben in einem funktionierenden
1045 Rechtsstaat, dessen Aufgabe es ist, die Rechte seiner Bürger*innen zu schützen. Was für uns
1046 selbstverständlich klingt, ist es für viele Journalist*innen, Abgeordnete,
1047 Wissenschaftler*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen in vielen Ländern der Welt nicht:
1048 sie werden von Unrechtsregimen verfolgt, unterdrückt und bekämpft, wegen ihrer Arbeit oder
1049 schlicht wegen ihres Glaubens, ihres Aussehens oder ihrer Orientierung. Diesen Menschen
1050 wollen wir in NRW eine Zuflucht bieten. Das Patenschaftsprogramm des Landtags nach dem
1051 Vorbild von „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ bauen wir aus: weitere Patenschaften
1052 für bedrohte, verfolgte oder inhaftierte Parlamentarier*innen und
1053 Menschenrechtsaktivist*innen sollen von Abgeordneten übernommen werden.

1054 Wir wollen die Friedens- und Konfliktforschung in NRW nachhaltig stärken. Um die Vernetzung
1055 der Standorte der inter- und transdisziplinären Friedens- und Konfliktforschung in NRW
1056 weiter zu stärken und Synergien zu fördern, unterstützen wir die Einrichtung eines
1057 Friedensforschungs-Campus.